

Arbeitsplatz Universität.

Zur Situation der Kunstgeschichte an den deutschen Universitäten

»Die Zukunft war früher auch besser« (K. Valentin)

Die Professorenankedote ist so gut wie ausgestorben. Mit ihr wurde früher ironisch oder augenzwinkernd die Bewunderung für die Universitätslehrer zum Ausdruck gebracht, nicht selten aber auch die kritische Distanz zu den Halbgottern und Göttern der Universitätshierarchie, von deren Wohlwollen Karrieren abhingen. Man kann viele Gründe anführen, die zum Verschwinden dieser literarischen Kleinform beigetragen haben. Einer davon ist ganz sicher der, daß der Beruf des Universitätslehrers an Ansehen eingebüßt hat. Allzuoft muß er in der seit gut zwei Jahrzehnten permanent geführten Diskussion über die tatsächlichen oder vermeintlichen Krisenphänomene der Universität und über die Reform der wissenschaftlichen Ausbildung als Sündenbock herhalten.

Diese Diskussionen sind von Vorurteilen und Pauschalisierungen geprägt. Wenn bildungspolitische Reformvorschläge immer wieder scheitern, so liegt das ganz wesentlich daran, daß sie generelle Lösungen suchen und dabei verkennen, daß sich das hochgradig ausdifferenzierte System der Universität gegen alle pauschalen Regelungsversuche sperren muß. Die Bedingungen des Lehrens und Forschens sind in den verschiedenen Fakultäten und selbst in sich relativ nahestehenden Fächern so unterschiedlich, daß es keine für die ganze Universität gültigen Lösungen mehr geben kann.

Ein Schlagwort, das in der Reformdebatte immer wieder angeführt wird, ist die Behauptung, daß sich die Halbwertszeit des Wissens mit zunehmender Geschwindigkeit verkürze. Die Universität müsse darauf Rücksicht nehmen und die Lehrpläne dementsprechend »entrümpeln«. Diese These mag jedem plausi-

bel erscheinen, der dabei an seinen Computer denkt, der technisch gesehen schon wenige Monate nach dem Kauf als völlig veraltet gelten kann. Sie auf die Geisteswissenschaften zu beziehen, ist blanker Unsinn. Auch in den Geisteswissenschaften wandeln sich die Methoden, jedoch nicht so schnell wie in den Naturwissenschaften, und ihr Wandel vollzieht sich in der Regel nicht als radikaler Paradigmenwechsel, sondern kompensatorisch, das heißt, die neue Methode kompensiert blinde Flecken einer zuvor angewendeten Methode, ohne diese völlig ersetzen zu wollen. Das Verhältnis von Ikonologie zu Stilgeschichte kann beispielhaft für diese Art der Methodenentwicklung stehen. Kunstgeschichtliches Arbeiten bedarf der Kenntnis der Methodengeschichte des Faches, und nicht nur das, denn ohne eine einigermaßen solide Kenntnis der Geschichte der Kunst, der Gegenstände, auf die sie angewendet werden soll, bleibt jede Methode sozusagen blind. Kunstgeschichtliches Lehren kann nur erfolgreich sein, wenn es Werk- und Methodenkenntnisse gleichermaßen ausbaut. Vom Veralten der Wissensbestände wird man in diesem Zusammenhang nicht sprechen können, allenfalls von Verschiebungen in der Gewichtung, wobei man aber feststellen muß, daß die Bewertung der Kunst und ihrer Geschichte in dem zurückliegenden halben Jahrhundert bemerkenswert konstant geblieben ist. Ein Problem hat sich in erster Linie dadurch ergeben, daß der Bereich dessen, was nach allgemeinem Konsens den Studierenden bekannt sein sollte, immer weiter ausgedehnt worden ist. Das Problem des Kunstgeschichtsunterrichtes ist nicht das zu schnelle Veralten, sondern der rapide anwachsende Umfang des zu vermittelnden Stoffes.

Berufsfelder, Berufssituation

	1968		1978		1988		1998	
	Prom.	Prom.	M.A.	Prom.	M.A.	Prom.	M.A.	
Berlin FU	5	2	4	10	17	14	70	
Bochum	2	6	1	7	20	7	31	
Bonn	5	6	3	22	40	21	42	
Frankfurt a.M.	2	1	1	-	14	9	25	
Freiburg i. Br.	5	1	3	7	16	7	13	
Göttingen	3	4	1	5	9	6	7	
Hamburg	6	2	-	11	32	9	34	
Heidelberg	2	8	5	9	9	13	39	
Kiel	1	3	-	5	9	6	19	
Köln	4	8	3	3	18	28	37	
Marburg	-	4	1	6	20	20	44	
München	9	24	13	16	73	16	77	

Abschlüsse mit Promotion und Magister Artium im Fach Kunstgeschichte an ausgewählten deutschen Universitäten (auf der Grundlage der Meldungen in der Kunstchronik)

Eine Möglichkeit der Einschränkung wäre die Festschreibung eines Kanons. Darüber wird auch in den Philologien diskutiert. Das aber wäre ein Rückfall in frühere Zeiten. Die Entwicklungsfähigkeit des Faches, sich auf neue Bereiche einzustellen, würde damit erheblich eingeschränkt. Wo es keine Lehrbücher gibt, in denen den Studierenden vorgeschrieben wird, was sie zu lernen haben, ist man auf den schwierigen Weg des exemplarischen Lehrens und Lernens angewiesen. Dieses exemplarische Lehren kann nicht schematisch vorgehen, sondern muß in Anbetracht der großen Bereiche, die im Studium nicht eingehend behandelt werden können, die Möglichkeiten des Transfers im Auge behalten, die die Studierenden in die Lage versetzen, sich selbst neue Gegenstandsfelder zu erschließen. Dies gelingt am erfolgreichsten auf dem Weg des »forschenden Lehrens«.

Es gibt eine Reihe sehr guter Gründe, die im Falle des Faches Kunstgeschichte dafür sprechen, am Ideal der Einheit von Forschung und Lehre festzuhalten. Das Problem ist nur, wie dieses Ideal unter den Bedingungen der Massenuniversität noch realisiert werden kann. Die Symptome der Fehlentwicklung sind

bekannt: zu hohe Quoten von Studienabbrechern, zu lange Studienzeiten und, gemessen an den auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Stellen, zu hohe Absolventenzahlen. Ein Blick auf die nebenstehende Tabelle, die die Zahl der Studienabschlüsse an einigen Universitäten auflistet, belegt, daß die Zahl der »Examensfälle« in den 80er und 90er Jahren dramatisch angestiegen ist, besonders deutlich bei den Magisterexamen und dies nicht nur dort, wo der Magister notwendige Voraussetzung für die Zulassung zur Promotion ist. Auch ohne die genauen Zahlen zu kennen, kann man davon ausgehen, daß die Zahl der Studierenden proportional noch stärker angewachsen ist. Um der Gefahr einer notwendig schlechteren Betreuung der Studierenden zu begegnen, wäre der nächstliegende Weg gewesen, die Zahl der Lehrenden zu erhöhen. Das ist jedoch nur in sehr begrenztem Maße geschehen. An der Universität München beispielsweise war im Fach Kunstgeschichte in den späten 60er Jahren die Zahl der Professoren und Dozenten höher als sie heute ist. Die Bildungspolitik versuchte das Problem mit probaten Klempnerregeln zu bewältigen: Wenn sich das Wasser staut, weil es nicht rich-

tig abfließen kann, muß für schnelleren Durchfluß gesorgt werden, indem der Abfluß erleichtert, das heißt, die Ausflußöffnung erweitert wird. Das Mittel gegen die zu großen Zahlen der Studierenden waren Studienordnungen, die Regelstudienzeiten vorschreiben, und vor allem die Einführung des Magisters. Wie bekannt, wurde eine Reduktion der Studentenzahlen damit nicht erreicht. Man darf sogar vermuten, daß durch die vermeintliche Erleichterung des Studiums noch mehr Studienwillige angezogen wurden. Ein zweites Mittel war die Regelung des Zulaufs durch den Numerus Clausus, bei dem jedoch die entscheidenden Berechnungsgrundlagen, insbesondere die Regelgröße der Seminare, so hoch angesetzt wurden, daß die Betreuungsrelationen nicht verbessert wurden.

Neue Stellen, durch die die Situation hätte verbessert werden können, wurden nur in sehr begrenztem Umfang eingerichtet. Durch die Einführung von wissenschaftlichen Angestellten mit sehr hohem Lehrdeputat und mit der scheinbar großzügigen Gewährung von Mitteln für Lehraufträge wurde eine Kosmetik an der Statistik betrieben, die den Studierenden jedoch nur wenig nützen konnte, weil sich die Situation in der entscheidenden Phase des Hauptstudiums und des Examens nicht veränderte. Wo das Geld nicht vorhanden ist, die Institute der Nachfrage entsprechend auszubauen, wäre eine rigorose Beschränkung der Zulassung durch Eingangsprüfungen oder strenge Prüfungen in einem frühen Studienabschnitt ein Weg, der insofern vertretbar wäre, als er manche davor bewahren könnte, erst nach vielen Jahren zu erkennen, daß sie das falsche Studienfach gewählt haben. Doch das ist ganz offensichtlich bildungs- und arbeitsmarktpolitisch nicht gewollt.

Es kann nicht wundern, daß sich angesichts dieser Situation, die in den 80er Jahren euphemistisch als »Überlast« bezeichnet wurde, die aber längst zur Normalsituation geworden ist, an den kunsthistorischen Instituten Frustration und Resignation breit macht. Das Unbe-

hagen potenziert sich, wenn man auf die Möglichkeiten zur Forschung blickt. Das vom Fach her notwendige Postulat des »forschenden Lehrens und Lernens« wird nur von jenen überzeugend zu erfüllen sein, die tatsächlich Forschung betreiben. So ist es nur konsequent, daß Forschung *de jure* zu den Dienstaufgaben der Professoren, Dozenten und Assistenten gehört. Das ist auch zu rechtfertigen mit der grundsätzlich wohl unbestrittenen Bedeutung, die die geisteswissenschaftliche Forschung für unsere Gesellschaft hat. Die Universität ist zusammen mit den Museen und Denkmalpflegeämtern der wichtigste Ort, an dem Wissen vom kunsthistorischen Besitz der Gesellschaft erarbeitet, bewahrt und vermittelt wird. Kunstgeschichtliche Forschung kann bekanntlich nicht nur am Schreibtisch geleistet werden. Objektstudien, Besuche von Museen, Bibliotheken und Archiven erfordern eine hohe Mobilität. Diese Forschungsarbeiten können auch nur begrenzt delegiert werden. Autopsie und einen sehr großen Teil der Lektüre, ob es nun Quellen- oder Literaturstudium ist, kann der Forschende nur selbst durchführen.

Die Forschungsentwicklung hat mit der wachsenden Ausdifferenzierung des Faches zu einer verstärkten Spezialisierung der einzelnen Forscher geführt, andererseits aber auch dazu, daß in der Interpretation das kulturelle Ganze, aus dem das Werk stammt, in den Blick genommen und die Ergebnisse der Nachbardisziplinen berücksichtigt werden. Das notwendige Lektürepensum, das durch das exponentielle Anwachsen der kunstgeschichtlichen Literatur ohnehin schon kaum mehr zu bewältigen ist, hat sich dadurch um ein vielfaches vergrößert. Daß innovative Ideen, die das Fach bedeutend voranbringen, aus dem Ärmel geschüttelt werden, mag zuweilen geschehen. Aufs Ganze gesehen muß jedoch konstatiert werden, daß der Aufwand an Kraft, Zeit und Mitteln, der heute betrieben werden muß, wenn man in der Forschung international mithalten möchte, erheblich über dem liegt, was

noch vor zwei oder drei Jahrzehnten investiert werden mußte.

Die an den Universitäten vorzufindenden Bedingungen für die Forschung stimmen mit deren Notwendigkeiten nicht mehr überein. Der für die Forschung notwendige Freiraum ist in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten durch die Entwicklung zur Massenuniversität und die Inflation der Gremienarbeit zunehmend eingeengt worden. Nur ein sehr konkretes Beispiel dafür: An der FU Berlin wurden 1998 insgesamt 87 Doktor- oder Magisterarbeiten abgeschlossen. Jede dieser Arbeiten muß von zwei Gutachtern gelesen und beurteilt werden. Für eine angemessen gründliche und gleichwohl zügige Lektüre und Begutachtung, die nur gelegentliche Stichproben in der benutzten Literatur einschließt, ist bei einer Magisterarbeit ein Arbeitstag, bei einer Doktorarbeit – ein absolutes Minimum – zwei Arbeitstage zu rechnen. Damit fallen für Korrekturarbeiten 208 Arbeitstage an, die sich im wesentlichen auf die sechs festen Professuren verteilen (die Honorarprofessoren und Privatdozenten mögen es mir verzeihen, daß ich sie in dieser Rechnung auslasse), von denen jeder rechnerisch 34 Arbeitstage pro Jahr für diese Arbeit einsetzen muß, also mehr als ein Achtel der in »normalen« Arbeitsverhältnissen berechneten Jahresarbeitszeit. Ein gleichermaßen intensives Engagement in Forschung und Lehre wäre im Rahmen gewerkschaftlich vertretener Arbeitszeitvorstellungen nie zu leisten. Das System Universität funktioniert ganz wesentlich auf der Grundlage des Rechtes seiner Mitglieder zur Selbstaussbeutung.

Mit der Beschneidung des Freiraumes sind wir jedoch keineswegs am Ende der Möglichkeiten angelangt. Öffentliche Meinung und Bildungspolitik haben bei allen Reformen so gut wie ausschließlich die Lehre im Blick. Wegweisend dürfte ein Erlaß des bayerischen Kultusministeriums sein, der den Universitäten gerade zugestellt worden ist und der die absolute Priorität der Lehre festschreibt. Die Entwicklung läuft auf eine konsequente Verschu-

lung des akademischen Unterrichts und damit auf eine Trennung von Forschung und Lehre hinaus. Die Propagierung der Einführung des Baccalaureats als erster Abschlußprüfung weist in die gleiche Richtung.

Im Widerspruch dazu steht, daß bei Evaluationen von Instituten und bei der Berufung auf Professuren nach wie vor zu allererst nach der wissenschaftlichen Leistung gefragt wird. Die besten Chancen hat immer noch derjenige, der seine Arbeitskraft ganz auf die Forschungsarbeit verlegt und sich aus den Verpflichtungen, die sich aus der Lehre ergeben, so weit wie nur irgend möglich zurückzieht. Daß es da mancherlei Wege und manche Beispiele gibt, ist wohlbekannt. Bei objektiver Beurteilung wird man nicht umhinkönnen zuzugeben, daß dabei immer wieder Forschungsergebnisse herausgekommen sind, die für das Fach so wichtig sind, daß sie die Vernachlässigung der Lehre im Nachhinein rechtfertigen können. Als Normalzustand wird man das jedoch nicht bezeichnen können.

Das Problem der Diskrepanz zwischen den Dienstpflichten an der Universität und den Erfordernissen der Forschung stellt sich in extremem und mittlerweile unzumutbarem Maße für diejenigen, die das Glück hatten, eine der raren Stellen im sogenannten Mittelbau zu erhalten. Während die auf einer Stelle fest Etablierten die Publikation ihrer Forschungsergebnisse um Jahre hinauschieben können, sind Assistentinnen und Assistenten, die zeitlich begrenzte Stellen innehaben, auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, sich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu profilieren. Ihre Zukunftschancen hängen ganz und gar davon ab. Gleichwohl ist ihnen in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten immer mehr Arbeit in den Instituten und für die Lehre aufgebürdet worden. Der »Mittelbau« trägt an den Instituten ganz wesentlich die Last des Grundstudiums. Obwohl die Zahl der Studierenden kontinuierlich gestiegen ist, wurde die Zahl der Stellen kaum erhöht. Die Seminare wurden immer größer, und entspre-

chend vergrößerte sich der Arbeitsaufwand für Studienberatung und die Korrektur von Hausarbeiten. Wenn noch neue Themenbereiche für die Lehrveranstaltungen zu erarbeiten sind, ist während des Semesters kaum Zeit, an die eigene Forschungsarbeit zu denken.

Zugleich sind die Erwartungen, die man in den Fakultäten an das Niveau einer Habilitationsarbeit hat und die sich selbstverständlich am internationalen Forschungsstand ausrichten, höher als je zuvor. Nüchtern betrachtet ist das, was hier vom wissenschaftlichen Nachwuchs verlangt wird, nicht zu leisten, schon gar nicht, wenn zu Instituts- und Forschungsarbeit noch Kraft und Zeit hinzugerechnet werden, die Familie und Kinder natürlich beanspruchen. Als Ausweg aus diesem Dilemma wurde in der letzten Zeit wiederholt vorgeschlagen, auf die Habilitation als Regelvoraussetzung bei Berufungen zu verzichten. Für die Universitäten würde das prinzipiell keine Schwierigkeiten machen. Die Konkurrenz auf dem Stellenmarkt ist gerade in der Kunstgeschichte so groß, daß eine Auslese unvermeidlich bleibt und kaum jemand, der nach seiner Dissertation nicht wenigstens eine Arbeit von Gewicht verfaßt hat, in seiner Universitätskarriere weiterkommen wird. Das Problem liegt an anderer Stelle. Weil die Habilitation ein für den weiteren beruflichen Werdegang notwendiger Schritt ist, gehört die dafür zu erbringende Forschungsarbeit zu den Dienstpflichten der Assistenten. Die Zeit für Forschung wird bei der Festlegung des Stundendeputats berücksichtigt. Es ist nicht nur zu befürchten, sondern zu erwarten, daß bei Abschaffung der Habilitation auch diese Vergünstigung gestrichen wird. In Bayern haben wissenschaftliche Mitarbeiter auf sogenannten »Überlaststellen«, die nicht als Qualifikationsstellen gelten, ein doppelt so hohes Stundendeputat wie die Assistenten. Der Freiraum für Forschung würde damit für den akademischen Nachwuchs noch geringer werden, als er ohnehin schon ist. Auch Habilitationsstipendien, die jetzt noch in einer nicht geringen Zahl von ver-

schiedenen Institutionen gewährt werden, würden gestrichen werden.

Mit der Abschaffung der Habilitation würde das Feld, auf dem die produktivste Forschungsarbeit geleistet wird, ausgetrocknet werden. Das Fach ist auf diese Arbeit angewiesen, und es ist durchaus auch im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses, daß ihm die Gelegenheit zu einer zweiten großen wissenschaftlichen Arbeit nach der Dissertation gegeben wird, weil er damit das Terrain festigen und ausbauen kann, auf dem er sich später in seiner Universitätskarriere bewegt. Zu ändern sind jedoch die Bedingungen des Verfahrens. Es muß entritualisiert werden und in den Anforderungen, die neben der Habilitationsschrift zu erfüllen sind, auf ein vernünftiges Maß gebracht werden. Sodann müssen die Arbeitsbedingungen an den Instituten verändert werden. Wie den Professoren sollte auch jedem, der die Habilitation anstrebt, ein Forschungsfreiemester gewährt werden, um ihn in die Lage zu versetzen, wenigstens ein halbes Jahr kontinuierlich an seinem Thema arbeiten zu können. Besondere Beachtung verlangt dabei die Situation der Frauen, die mittlerweile wenigstens im Mittelbau schon zahlreich vertreten sind. Vor allem die Mütter unter ihnen müßten in ihrer Forschungsarbeit durch Freistellung oder Stipendien gefördert werden. Hier wurde von Seiten der DFG in den zurückliegenden Jahren einiges getan, doch ist es lange noch nicht genug.

Wenn von Forschung an den Instituten gesprochen wird, sollten auch die Doktoranden einbezogen werden. Das ist in den Geisteswissenschaften keineswegs so selbstverständlich wie in den Naturwissenschaften. Dort arbeitet der größte Teil der Doktoranden in Institutsprojekten mit, zumeist auf halben BAT IIa-Stellen, die ihnen ein Auskommen sichern. In den Geisteswissenschaften und insbesondere in der Kunstgeschichte ist eine solche Promotionsförderung die Ausnahme. Graduiertenkollegs sind genauso rar wie Promotionsstipendien, so daß ein großer Teil der Promovierenden

gezwungen ist, sich seinen Unterhalt anderwärts zu verdienen, was notgedrungen eine erhebliche Verzögerung des Abschlusses zur Folge hat. Das Durchschnittsalter bei der Promotion in den kulturwissenschaftlichen Studiengängen liegt derzeit etwa bei 34 Jahren! Es ist ein Skandal, was auf diese Weise bei uns fehlgeleitet wird an Arbeitskraft und geistigem Potential einer Generation in demjenigen Lebensabschnitt, der allgemein als der kreativste gilt. Statistiken über die Magisterabschlüsse und Promotionen belegen, daß auch hier wieder in besonderem Maße die Frauen betroffen sind. Viele von ihnen resignieren angesichts der Schwierigkeiten, eine Promotion zu finanzieren, und verzichten darauf, sich weiterzuqualifizieren. Die Förderungsprogramme und Graduiertenkollegs müßten in erheblichem Umfang aufgestockt werden. Manche der angeführten Schwierigkeiten würden reduziert werden, wenn die Institute so ausgestattet würden, wie es der Strukturwandel des Faches erfordert, der bei uns allerdings nur mühsam vorankommt. Der Personalstand

der meisten Institute entspricht nicht der Ausweitung des Fachgebietes und der zunehmenden Ausdifferenzierung der Kunstgeschichte. Schon die erforderliche Mindestausstattung mit drei Professuren mit den Schwerpunkten Mittelalter, Neuzeit und Neueste Zeit ist keineswegs überall gegeben. Professuren für neu erschlossene oder neu zu erschließende Gebiete wie Bauforschung, Bild- und Medienwissenschaften oder Filmwissenschaft sind nur vereinzelt vorhanden. Vom nächsten Schritt, der notwendig kommen muß, wenn man die internationale Entwicklung betrachtet, nämlich der Überwindung des traditionellen Eurozentrismus unseres Faches hin zu einer Zusammenführung aller Wissenschaften, die sich mit den verschiedenen Regionen der Weltkunst befassen, in *Art Departments* sind wir noch endlos weit entfernt. Die deutschen Universitäten sind so mit der Verwaltung des Mangels beschäftigt, daß sie gar nicht dazu kommen, einmal einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Frank Büttner

Ausbildung und Lehre in der Denkmalpflege

Jahrestagung 1998 des »Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege e. V.« (Verband der Hochschullehrer des Fachgebietes Denkmalpflege). Bamberg, Universität, 16.-20. September 1998

In den letzten Jahren haben sich an mehreren Orten Aufbaustudien, Studienschwerpunkte oder Lehrprogramme zur Denkmalpflege etabliert, mit je eigenen Charakteristika und unterschiedlichen Zusammenhängen eingeordnet. So gibt es Kombinationen mit Studiengängen der Kunstgeschichte und der Architektur, Angebote an Universitäten und an Fachhochschulen. Darüber hinaus werden Aufbaustudiengänge oder freie Kurse angeboten. Ein Problem dieser heterogenen Situation ist die Vergleichbarkeit der Lehrinhalte und des Umfangs. Nicht zuletzt im Zuge der angestrebten europäischen Öffnung wird der Druck immer stärker, Studieninhalte durch Creditierung und Modularisierung kompati-

bel auszugestalten. Um einen Überblick über die aktuelle Situation im Einzugsgebiet des Arbeitskreises zu vermitteln, haben Vertreter von mehr als 20 Ausbildungsstätten ihre Situation referiert. In mehreren Diskussionsrunden versuchten die mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Grundsätze für den weiteren Ausbau der Denkmalpflege-Ausbildung an den Hochschulen zu formulieren, die als entscheidend für den Umgang mit den Denkmälern in weiterer Zukunft angesehen wird. Die Ergebnisse der Tagung sollen einschließlich aller Referate und Diskussionen im Rahmen der Publikationsreihe des Arbeitskreises veröffentlicht werden.

Einleitend sprach Detlev Ipsen (Univ.-GH Kassel) aus der Sicht eines Soziologen »Über den Umgang mit Din-